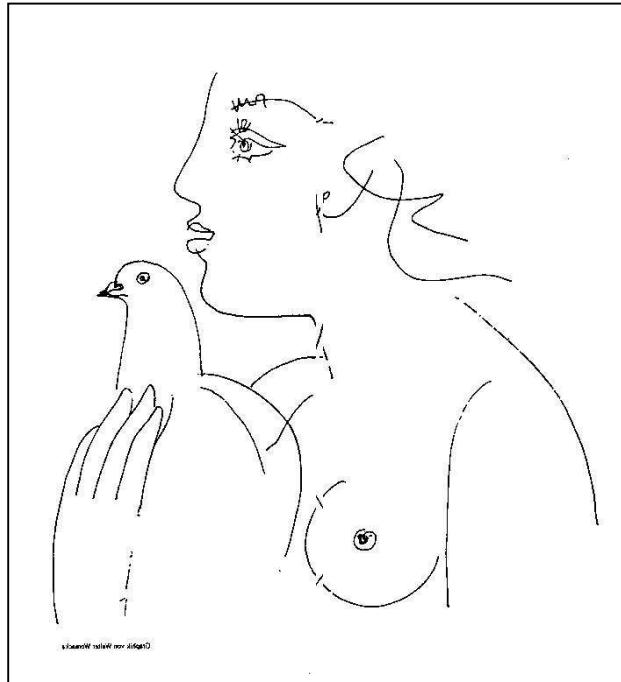


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 48



Der Kampf um das höchste politische Amt in den USA 2008

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 01. Oktober 2008

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Die im Herbst 2007 von anerkannten Wahlexperten der USA begründete Prognose, dass es sich bei den Präsidentschaftswahlen 2008 um die bisher wichtigsten, spannendsten und auch um die teuersten Wahlen in der Geschichte der USA handeln wird, hat sich bis September 2008 bestätigt.

Nur die beiden großbürgerlichen Parteien – die Republikanische Partei (RP) und die Demokratische Partei (DP) – verfügen über alle notwendigen Voraussetzungen und Mittel, vor allem über bedeutende finanzielle Quellen, um besonders in Präsidentschaftswahlen aller vier Jahre ihre gesellschaftliche Stellung zu halten beziehungsweise zu festigen und neue Führungspositionen zu erobern.

Die Präsidentschaftswahlen 2008 beinhalten sechs Entwicklungsetappen, jeweils prall gefüllt mit vielen z. T. durch widersprüchliche Inhalte gespickten Problemen, die detaillierte Antworten verlangen.

1. Januar bis Juni 2008: die Vorwahlperiode - Primeries und Caucuses *) - in allen 50 Bundesstaaten der USA, an deren Ende die beiden Präsidentschaftskandidaten für die beiden Parteien feststehen.
2. Juni bis September 2008: die Hauptperiode im gesamten Wahlprozess, inhaltlich geprägt vor allem durch a) die machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten John McCain von der RP und Barack Obama von der DP sowie deren jeweiligen Wahlkampfteams und b) die Parteitage der Demokraten im August 2008 in Denver/Colorado und der Republikaner im September 2008 in St. Paul/Minnesota für die Nominierung und Wahl der Kandidaten für Präsident und Vizepräsident zur Wahl am 4.11.2008 sowie für die Festlegung des Parteiwahlprogramms.
3. September bis Anfang November 2008: Öffentliche Streitgespräche zwischen den auf den beiden Parteitagen nominierten Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten. Sie sollen dabei helfen, das Wahlgesehen zu bereichern und Anregungen für mögliche Entscheidungen bei den Wählerinnen und Wählern in den USA zu vermitteln.

*) Bei den **Primaries** (eigentlich primary elections) können registrierte Wähler direkt wählen, für welchen der Kandidaten die Delegierten dieses Bundesstaates auf dem nationalen Parteitag stimmen sollen. Beim **Caucus** werden lokale Delegierte gewählt, die ihrerseits in mehreren, aufeinander folgenden Schritten auf weiteren überregionalen Versammlungen Delegierte für den nationalen Parteitag ernennen.

4. November 2008: der eigentliche Wahltag – Es stehen zur Wahl: Präsident und Vizepräsident, alle 534 Mitglieder des Repräsentantenhauses, ein Drittel des 100 Mitglieder zählenden Senats, einige Gouverneure, parlamentarische Vertretungen in Bundesstaaten (Abgeordnete und Senatoren) und die in den Regionen alle auf parlamentarischem Wege zu berufende Führungspersönlichkeiten.
5. November 2008 bis Januar 2009: Tagungen des Wahlmännergremiums, das mit seinen Stimmen erst die Wahl von Präsident und Vizepräsident entscheidet.
6. 20. Januar 2009: Vereidigung und Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten der USA und seines Vizepräsidenten vor dem Capitol in Washington, DC.

Vorwahlen im 1. Halbjahr 2008

Zwischen dem 3. Januar und dem 3. Juni 2008 fanden in allen 50 Bundesstaaten unter Regie der Republikanischen und der Demokratischen Partei Vorwahlen mit drei Zielsetzungen statt: 1. Bewerbern der beiden Parteien für das Amt des Präsidenten der USA Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen und eine Reihenfolge der Kandidaten festzulegen, 2. die Delegierten für die beiden Parteikonvente zu wählen sowie jeweils einen Präsidentschaftskandidaten vorzuschlagen und 3. Sponsoren zu gewinnen, deren Geldspenden die Finanzierung des Wahlkampfes ermöglichen soll.

Die Vorwahlen werden als spezielle Veranstaltungen in Form von Primaries (öffentliche Versammlungen) und Caucuses (Versammlungen nur für Parteimitglieder) durchgeführt. Der jeweiligen Parteibasis wird ein bestimmtes Mitspracherecht zugebilligt. Im ersten Halbjahr 2008 war bei allen Vorwahlveranstaltungen beider Parteien eine durchweg rege und aktive Beteiligung von Wählerinnen und Wählern typisch.

Bewerber der Republikanischen Partei

Es bewarben sich: *Rudolph (Rudi) Guiliani* (63) – von 1994 bis 2001 Bürgermeister von New York, danach Gründer eines Sicherheitsunternehmens; *Mitt Romney* (60) – von 2003 bis 2007 Gouverneur von Massachusetts, danach Gründer eines Investmentunternehmens, gehört zu den führenden Mormonen in den USA; *Mike Huckabee* (52) –

von 1994 bis 2001 Gouverneur von Arkansas, ein Bassgitarre spielender Pfarrer, Vertreter der christlich-konservativen Rechten; *Fred Thompson* (65) – von 1995 bis 2003 US-Senator für den Bundesstaat Tennessee, Schauspieler in der Fernsehserie ‚Law & Order‘; *John McCain* (71) - seit 1986 US-Senator für den Bundesstaat Arizona; *Ron Paul* – seit 1996 Kongressabgeordneter und Vertreter rechtsradikaler Kreise, darunter Neonazis.

Senator John McCain verstand es am besten, als Repräsentant nationaler Kontinuität aufzutreten und als ein Patriot honoriert zu werden, für den seine politische Laufbahn keine Selbstsucht bedeute, sondern seine vielseitigen Verdienste für das Land widerspiegele.

Zur Biographie von John McCain

John McCain wurde am 29. August 1936 auf einem US-Stützpunkt in der Panamakanalzone in einer Militärfamilie geboren. Vater und Großvater waren hoch dekorierte Admiräle. Er selber schlug auch die Militärlaufbahn ein.

John McCain war in erster Ehe mit dem Ex-Model Carol Shepp verheiratet. Seine zweite, gegenwärtige Ehefrau Cindy McCain ist 18 Jahre jünger als ihr Mann. Als Medizinerin unterstützt sie ihn im Wahlkampf, sagt aber immer wieder, sie sehe die Rolle einer First Lady darin, sich politisch zurückzuhalten. Er ist Vater von sieben Kindern, darunter einer Adoptivtochter aus Bangladesh.

Seiner politischen Karriere diene der Besuch und sein hervorragender Abschluss an der Marine-Akademie in Annapolis. Seit der Rückkehr aus dem Vietnam-Krieg der USA gilt er für das ganze Land als der für immer zu verehrende Kriegsheld. 1967 wurde er in Vietnam als Marineflieger abgeschossen und war fünf Jahre in vietnamesischer Gefangenschaft.

1982 wurde John McCain Kongressabgeordneter und 1986 US-Senator des Bundesstaates Arizona. Darin eingeschlossen sind für ihn Zeiten harter Auseinandersetzungen mit weitreichenden persönlichen Diffamierungen. Zwei Mal hat man ihn sogar für ‚tot‘ gehalten. 2001 wurde ihm als Spitzenkandidat der Republikanischen Partei in den Vorwahlen in Faxen, E-Mails und Handzetteln nachgesagt, er habe ein Kind mit einer Schwarzen gezeugt, die aber in Wirklichkeit seine dunkelhäutige Adoptivtochter aus Bangladesh war, er sei schwul und

seine Ehefrau ein Junkie. Außerdem sei er kein Kriegsheld, sondern ein Verräter. Nach erfolgreicher Abwehr all dieser Diffamierungen wurde dieser Vorwahlkampf als brutalster und gemeinster aller Zeiten eingeschätzt. Drei Wochen nach diesen Attacken wurde er als US-Senator des Bundesstaates Arizona bestätigt. Mitte Februar 2007 bahnte sich eine zweite, ähnliche Attacke gegen ihn an. Er hatte erneut einen Anspruch auf das Weiße Haus angemeldet, geriet aber an den Rand der Pleite. In der Kasse befanden sich nur noch 2 Millionen Dollar, aber 1,7 Millionen Schulden waren zu begleichen. 80 Wahlhelfer musste er entlassen. Dutzende andere Helfer suchten das Weite. Kein Flugzeug mehr, sondern nur noch einen Bus. Der Wahlexperte Charly Cooke schrieb schon folgenden Nachruf: „Die Ärzte haben das Krankenzimmer verlassen, jetzt sind die Testamentsvollstrecker dran.“ Senator McCain kam wieder auf die Beine, lebendiger denn je, wie seine gegenwärtige Stellung im Wahlprozess 2008 verrät.

Persönlich wird McCain nachgesagt, dass er witzig, selbstironisch und manchmal aber auch schnoddrig auftrete. Er sei als moderater konservativer Politiker allgemein zwar anerkannt, aber manchmal müsse man ihn auch zu den Außenseitern der Parteipolitik rechnen. Er wird dann als ein Falke gesehen, der auf einzelnen Gebieten der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik mit linken Politikern verschiedener Strömungen klarzukommen versucht, um auch gemeinsame Aktionen zu entwickeln.

Bewerber der Demokratischen Partei

Es bewarben sich: *Hillary Clinton* (60) - US-Senatorin des Bundesstaates New York; *Barack Obama* (46) – US-Senator des Bundesstaates Illinois; *Bill Richardson* (59) – ein erfolgreicher Gouverneur des Bundesstaates New Mexico; *John Edwards* (54) – von 1999 bis 2005 US-Senator des Bundesstaates North Carolina und 2004 Vizepräsidentschaftskandidat; ‚*Joh*‘ (*Joseph Robinette*) *Biden Jr.* – US-Senator seit 1973 und u. a. führendes Mitglied im Außenpolitischen Ausschuss des Senats.

John Edwards, Bill Richardson und ‚Joe‘ Biden Jr. schieden schon bald aus dem Rennen aus, um für die beiden Spitzenkandidaten Hillary Clinton und Barack Obama den Weg für eine erfolgreiche Nominierung freizumachen.

Es war schon etwas ganz Besonderes, das zum ersten Mal in der Wahlgeschichte der USA eine Frau um den Einzug in das Weiße Haus mit durchaus guten Chancen rang und parallel dazu ein schwarzer Politiker mit ebenso guten Chancen den Kampf um die Präsidentschaft führte.

Während es Hillary Clinton gelang, mehr als 18 Millionen Wählerinnen und Wähler hinter sich zu bringen mit dem ausdrücklichen Verweis auf ihre langjährigen Erfahrungen in der Politik, konnte Barack Obamas Forderung nach einem unbedingten Wandel in der Politik eine ausgesprochen große Wählerschaft begeistern, bekannt geworden durch die Antwort „Yes, we can“ (Ja, wir können.). Obama schaffte den Erfolg des Flügels „Wandel“ gegen den von Clinton führend beeinflussten Flügel "Erfahrung".

Barack Obama gewann 2008 die Vorwahlen in 29 der 50 Bundesstaaten, in einem weiteren – Texas; wo sowohl nach dem Primary- als auch nach dem Caucus-Verfahren abgestimmt wurde, gewann er in den Caucuses, nachdem er die Primary verloren hatte. Ferner siegte er in der Hauptstadt Washington als District of Columbia, in den Territorien Guam und U. S. Virgin Islands, sowie bei den im Ausland lebenden Demokraten. Dass sich Obamas Hauptkonkurrentin Hillary Clinton dennoch bis zuletzt ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit ihm lieferte, lag vor allem daran, dass Obama in den meisten bevölkerungsreichen Staaten, darunter vor allem in Kalifornien und in New York schwächer abschnitt als Clinton. Am 7. Juni 2008, vier Tage nach den letzten Vorwahlen, gratulierte Hillary Clinton öffentlich Obama zu seinem Sieg und sicherte ihm ihre Unterstützung für den Wahlkampf gegen seinen republikanischen Konkurrenten John McCain zu.

Am 3. Juni 2008 war nach Beendigung der letzten beiden Vorwahlen das bisherige mit wechselvollen Erfolgen tätige Duo Clinton/Obama am Ende der Wahlkampfetappe ‚Vorwahlen‘ angelangt.

Drei bis vier Wochen, nachdem sich Senator Barack Obama die Mehrheit der Delegiertenstimmen für den Wahlparteitag der Demokraten zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat geholt und seine unterlegene Konkurrentin Hillary Clinton das anerkannt und ihm ihre Unterstützung zugesichert hatte, kam es am 26. und 27. Juni 2008 nach Beendigung der Vorwahlen zu einem erneuten, nicht zuletzt zu einem symbolhaften Zusammentreffen beider Politiker. Hillary Clinton erklärte vor fast 200 ihrer Geldgeber: „Wir werden alles tun,

um das Weiße Haus zurückzugewinnen.“ Barack Obama antwortete im Gegenzug: „Ich werde Hillary im Wahlkampf an meiner Seite brauchen.“ Die Kleinstadt ‚Unity‘ nutzten beide für ihre Forderung nach Einheit, Geschlossenheit und Einigkeit ihrer Partei: „Was wir hier in Unity begonnen haben, so Hillary Clinton, wird damit enden, dass Barack Obama die Treppen im Weißen Haus als Präsident hinaufsteigt.“

Zur Biographie von Barack Obama

Barack Obama wurde am 4. August 1961 in Honolulu, Hawaii, als Kind der weißen US-Amerikanerin Stenley Ann Dunham (1942-1995) und dem schwarzen aus Kenia stammenden Studenten Barack Obama Senior (1936 – 1982) geboren. Seine Eltern wurden 1963 geschieden. Als 10-jähriger Junge sah Barack Obama einen Vater das letzte Mal.

Barack Obama ist seit 1992 mit Michelle Obama verheiratet, die in Princeton Soziologie studierte und in Harvard in Jura promovierte. Sie haben zwei Töchter und leben in Chicago.

1992 wurde Barack Obama erstmals in der Landespolitik des Bundesstaates Illinois aktiv. 1996 wurde er in den Senat von Illinois gewählt. Dort übernahm er den Vorsitz im Ausschuss für öffentliches Gesundheitswesen und Wohlfahrt. Er arbeitete an einer Vorlage zur Unterstützung für Menschen ohne Krankenversicherung und half Organisationen, die sich für Homosexuelle einsetzten. Es gelang ihm schließlich, für einen erfolgreichen Abschluss seiner Vorhaben Koalitionen selbst mit Gegnern zu bilden.

2004 trat Obama an, um für die Demokratische Partei im US-Senat einen Sitz zu erlangen. Bei den Vorwahlen im März 2004 erhielt er 52 % der Stimmen gegenüber den 48 % für die übrigen Kandidaten. Obamas Wahlkampf erwies sich von den Ergebnissen her als der erfolgreichste Kampf eines Nicht-Amtsinhabers. Sein damaliger Medienberater David Axelrod leistet bis heute aktive Unterstützung für Obama. Auf dem im gleichen Jahr stattgefundenen Parteitag der Demokratischen Partei erhielt er als dritter Afroamerikaner das Recht, die sogenannte Keynote (Grundsatzrede) zu halten. Er kritisierte auf überzeugende Art und Weise die Kriegführung der Bush-Regierung im Irak und setzte sich für die nationale Einheit ein: „Es gibt nicht ein liberales Amerika und kein konservatives Amerika. Es gibt nur die Vereinigten Staaten von Amerika.“ In den Medien wurde Obama für

diese Rede als der erfolgreichste Aufsteiger der Demokraten gefeiert. Gemäß einer Umfrage hatte er die zweithöchste Zustimmungsrates aller US-Senatoren errungen.

Am 4. Januar 2005 leistete Obama seinen Amtseid für den US-Senat. In vier Ausschüssen des Senats ist er Mitglied: Außenpolitische Beziehungen; Gesundheit, Bildung, Arbeit und Renten; Heimatschutz und staatliche Angelegenheiten und Angelegenheiten der Veteranen. Außerdem ist er Vorsitzender des Unterausschusses "Europa" im Senat.

In seiner bisherigen Amtszeit als US-Senator absolvierte Barack Obama in Absprache mit dem Kongress vier offizielle Auslandsreisen:

Im August 2005 besuchte Obama zusammen mit Richard Lugar, dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für Außenpolitik, Russland, die Ukraine und Aserbaidschan. Vor dem Hintergrund möglicher weiterer Terrorangriffe konzentrierte sich diese Auslandsreise auf Strategien, um die Verbreitung von konventionellen, biologischen und Massenvernichtungswaffen zu kontrollieren.

Im Januar 2006 flog Obama zusammen mit einer Kongressdelegation in den Nahen Osten. Dort besuchten sie Kuwait, den Irak, Israel und die palästinensischen Autonomiegebiete.

Seine dritte offizielle Auslandsreise führte Barack Obama im August 2006 nach Südafrika und Kenia mit Zwischenstopps in Äthiopien und Tschad. In Kenia besuchte er zusammen mit seiner Familie den Geburtsort seines Vaters und wurde von der dortigen Bevölkerung überwiegend enthusiastisch aufgenommen. Um mehr Kenianer von einem HIV-Test zu überzeugen, ließ sich das Ehepaar Obama in einer kenianischen Klinik selbst testen. Vor Studenten der Universität von Nairobi hielt er eine Rede, in der er die Korruption und den Einfluss ethnischer Rivalitäten auf die kenianische Politik kritisierte.

Die vierte, in der zweiten Hälfte des Monats Juli 2008 stattgefundenen Reise um die halbe Welt absolvierte US-Senator Barack Obama einesteils als Dienstreise mit einigen Senatoren-Kollegen, aber nach und nach weitete sie sich zu einer Wahlkampfreise für den Präsidentschaftskandidaten Obama aus. Über Kuwait, verbunden mit einem Besuch bei US-Soldaten, wurden folgende Staaten besucht: Afghanistan, Irak, Jordanien, Israel und Palästina, danach Europa mit den Stationen Berlin, Paris und London.

In Afghanistan wiederholte und ergänzte Obama seine vor wenigen Tagen geäußerten Vorstellungen, dass eigentlich dieses Land und nicht der Irak für die USA der ‚Hauptfokus‘ sein müsste, d.h. „die zentrale Front in unserem Kampf gegen den Terrorismus“. Er versicherte, dass er sich für eine umgehende Aufstockung der US-Truppen einsetzen werde, von gegenwärtig 36 000 US-Soldaten um mindestens 10 000 zusätzlich.

Im Irak führte Obama Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki, dem Präsidenten Dschalal Talabani und dem Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Irak, General David Petraeus. Allgemeines Thema war die Rückzugsstrategie für die US-Truppen im Irak von Obama, die im Irak sehr begrüßt wird. Im Falle seines Wahlsieges könnte der Rückzug binnen 16 Monaten erfolgen. Die Stippvisite absolvierte er zusammen mit den beiden US-Senatoren Jack Reed und Chuck Hagel.

In Israel versicherte Obama der Führung und dem Volk seine unverbrüchliche Verbundenheit. Er wolle den Friedensgesprächen zwischen Israel und Palästina zum Durchbruch verhelfen.

In Berlin hielt Barack Obama nach Gesprächen mit Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier sowie einem Treffen mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Wowereit vor mehr als 200.000 Zuhörern eine Rede (die allerdings den Zuhörern nicht übersetzt wurde) in der er die US-Amerikaner und die Europäer dazu aufrief, die transatlantischen Beziehungen zwischen USA und Europa wieder zu stärken und zu erneuern: „Amerika hat keinen besseren Partner als Europa.“ Hinsichtlich des Kampfes gegen den Terror verwies er auf Afghanistan: „Das afghanische Volk braucht unsere Truppen und eure Truppen, unsere und eure Unterstützung.“

Auf der Pressekonferenz in Paris mit dem Präsidenten Nicolas Sarkozy am 25. Juli 2008 forderte Barack Obama in Fortsetzung seiner noch allgemein gehaltenen Berliner Rede nunmehr bereits unverhüllt von den Europäern die Entsendung weiterer Truppen nach Afghanistan: „Je mehr sich die NATO-Verbündeten engagieren, desto weniger sind die USA verpflichtet, weitere Truppen zu entsenden.“ Obama lobte Sarkozy für seine Bereitschaft, die Zahl der französischen Truppen in Afghanistan weiter aufzustocken; denn der „Krieg ist nie einfach, aber wir haben keine Wahl. Wir können nicht zulassen, dass Al

Qaida dort sichere Zufluchtsorte für Terroristen schafft. Wir müssen den Job fertigbekommen.“ Dies entspräche einer von ihm so verstandenen stärkeren transatlantischen Partnerschaft zwischen USA und Europa sowie einer globalen Partnerschaft gegen den Terrorismus und die Brunnen des Extremismus, die ihn nähren.

Sponsoren-Gelder für Obama und McCain

Allein im Januar 2008 nahm Obama über das Internet insgesamt 28 Millionen Dollar an Spendengeldern ein, was ein neuer Rekord war. Ihn unterstützten mehr als 650 000 Einzelspender. Nach Angaben der New York Times hat Obama im Februar 2008 weitere 50 Millionen Dollar an Spenden erhalten, vorwiegend kleine Spenden von über einer Million Personen. Nach seinen Erfolgen am Superdienstag erhielt er neue Spenden in Höhe von 7,2 Millionen Dollar für den weiter zu führenden Wahlkampf.

Die von Obama vom Januar bis Ende April 2008 eingenommenen 272 Millionen Dollar Spendengelder von 1,5 Millionen Bürgern sind größer, als sie je ein Präsidentschaftsbewerber erhalten hat. Im Juni 2008 entschloss er sich dazu, die per Gesetzgebung der Demokratischen Partei zustehenden öffentlichen Mittel in Höhe von 84,1 Millionen Dollar auszuschlagen, weil bei Nutzung öffentlicher Mittel die Sammlung privater Spendengelder untersagt ist und bei Verwendung von Steuergeldern strenge Regeln eingehalten werden müssen. Seine gesamte Wahlkampagne will Obama komplett aus der eigenen Tasche bestreiten. Er ist damit seit 1974 der einzige Bewerber für das Präsidentenamt, der auf öffentliche Mittel verzichtet. Diese Entscheidung ist strategischer Natur und auf die Schwächung der finanziellen Lage seines Widersachers John McCain gerichtet.

Für Obama existiert folgende Top-Liste der spendabelsten Finanziere: Investmentbank Goldman Sachs mit 571.330 Dollar, Großbank UBS mit 364.806, JP Morgan Chase mit 362.207, Citygroup mit 358.054, Lehman Brothers mit 318.647 und Google mit 309.514 Dollar.

Rund 30.000 Obama-Finanzier haben die Spendenhöchstgrenze von 2.300 Dollar pro Person ausgeschöpft. Darunter befindet sich eine Eliteclique von mehr als 300 ‚Bundlers‘, d. h. Großspender, die je mindestens 50.000 Dollar ‚gebündelt‘ an Obama weitergereicht haben: Anwälte, Musikproduzenten, Silicon-Valley-Unternehmer, Im-

mobiliemagnate, Investmentbanker, Finanzhaie. Mit in diesem Club: Hedgefonds-König Paul Tudor Jones II., Hollywood-Mogule Jeffrey Katzenberg und David Geffen, Musik-Impresario Antonio Reid („L.A.“) und Stardiplomat Anthony Lake.

Zu diesem enormen Reservoir kamen am Ende der Vorwahlperiode noch die Clinton-Spender hinzu. Bis Ende Juli 2008 erhielt Obama Spenden in Höhe von insgesamt 389 Millionen Dollar.

Was die Bewegung der Spendengelder bei dem Spitzenkandidaten der Republikanischen Partei, John McCain, betrifft, wurde bekannt, dass ihm vor wenigen Monaten durch falsches Management und seine Kritik an der Macht der Lobbyisten Millionen Dollar an Spenden verloren gingen und sein Zustand als ‚so gut wie pleite‘ beschrieben wurde. Er hat sich lange Zeit schwer getan mit dem Spendeneinwerben. Im Frühjahr 2008 kam er nur mit Mühe über die 30 Millionen Dollar-Grenze. Durch außergewöhnliche wahlpolitische Erfolge im Vergleich mit den anderen Präsidentschaftsbewerbern der Republikanischen Partei hat sich für McCain der Zustand dann geändert. Seine Spitzenposition durch die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten auf dem Parteikonvent hat ihm viele finanzkräftige Sponsoren mit weitreichenden Einflüssen eingebracht. Im Mai 2008 wurde für ihn bereits eine Spendeneinnahme von 122 Millionen Dollar gemeldet. Und Ende Juli 2008 erreichte sie eine Höhe von 174 Millionen Dollar.

Eigenarten beider Parteien bei der Wahl der Delegierten

Bei den Republikanern werden die Delegierten zum Nationalkonvent nach dem ‚Winner-take-off-Prinzip‘ bestimmt. Dem am besten abschneidenden Bewerber fallen alle Wahlmännerstimmen des betreffenden Bundesstaates zu.

Im März 2008 übernahm Senator McCain die Führung unter den Bewerbern der Republikanischen Partei. Er erreichte schließlich die notwendige Delegiertenzahl für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten auf dem Konvent der Republikanischen Partei.

Die Auswahl der Delegierten für den Parteikonvent der Demokratischen Partei mit Hilfe von Vorwahlen erfolgt auf Wahlbasis geheim und direkt durch den Stimmzettel. Am nationalen Konvent der Demokratischen Partei nehmen aber außer den gewählten Delegierten 796 sogenannte Superdelegierte teil. Das sind demokratische Amtsträger

im Repräsentantenhaus und Senat, Gouverneure, Vertreter der Parteiführung und schließlich Prominenz. Die Superdelegierten werden also nicht gewählt, sondern persönlich nominiert, so dass sie bis zum Wahlkonvent der Partei nicht an die Wahlbeschlüsse der einzelnen Bundesländer gebunden sind. Ihr persönliches Verhalten kann also für das Endergebnis bei der Präsidentschaftsnominierung von großer Bedeutung sein. Das System der Superdelegierten wurde Anfang der 80er Jahre eingeführt, weil die Parteiobere an die Richtigkeit der Basisentscheidungen nicht so recht glaubten.

Bei der Anwendung des Verhältniswahlsystems zur Bestimmung des Stimmenanteils der einzelnen Bewerber am Gesamtwahlergebnis mussten im Jahr 2008 z. T. aufgetretene Fehler korrigiert werden. Anfang 2008 kam es für die beiden Bundesstaaten Florida und Michigan hinsichtlich der Stellung ihrer Delegierten auf dem Nationalkonvent der Demokraten zu einer komplizierten Situation: Das Nationalkomitee der DP beschloss, die Delegierten der beiden Bundesstaaten aufgrund der Missachtung der von der Parteiführung festgelegten zeitlichen Abfolge der Vorwahlen (ihre Vorverlegung auf den Januar 2008) vom Konvent auszuschließen. Der sofort durch die Parteiführungen in beiden Bundesstaaten begründete Einspruch wurde am 31. Mai 2008 im Regelausschuss der Partei behandelt. Nancy Pelosi als Sprecherin des Repräsentantenhauses, Harry Reid als Mehrheitsführer im Senat und Howard Dean als Chef des Nationalrates der DP empfahlen dem Regelausschuss zur Lösung der anstehenden Streitfrage folgenden Kompromiss: Die Delegierten beider Bundesstaaten erhalten auf dem Konvent nur eine halbe Stimme. Der Regelausschuss stimmte diesem Kompromiss zu. Senator Reid unterstrich: „Wir sind alle der Meinung, dass es auf dem Parteikonvent keinen Kampf geben soll.“ Einzelne Beschlussgegner befürworteten weitere Einspruchsaktionen und empfahlen, diese Frage bis zum Schiedsausschuss beim Nominierungsparteitag zu tragen. Das konnte zu komplizierten Auseinandersetzungen führen; denn dahinter steckte das Problem, dass nur Hillary Clinton in beiden Bundesstaaten auf dem Wahlzettel stand und sich daher als Siegerin wähnte. Die Delegiertenstimmen hätten ihr zugerechnet werden müssen. Obama hatte diese Vorwahlen offensichtlich unterschätzt. Er stand in Michigan nicht einmal auf der Wahlliste. Die Entscheidung des Regelausschusses wurde als Erfolg von Obama und als Niederlage für Hillary Clinton ausgelegt.

Hauptinhalt der 2. Etappe der Präsidentschaftswahl vom Juni bis September 2008

Die beiden designierten Präsidentschaftskandidaten, John McCain von der Republikanischen Partei und Barack Obama von der Demokratischen Partei, sowie die gewählten Delegierten für die beiden Parteikonvente widmen sich nunmehr vor allem der Analyse machtpolitischer Probleme, da sie neue Wege zur Gestaltung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft finden müssen. Die Wählerinnen und Wähler erwarten vom 44. Präsidenten der USA ein Programm, das sowohl die unter Präsident Bush gesammelten Erfahrungen nach kritischer Verarbeitung berücksichtigt als auch die Aufgabenstellungen für den Entwicklungsweg des Landes für die nächsten vier Jahre unter der Sicht eines notwendigen Wandels in der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik skizziert.

Die USA durchleben gegenwärtig eine äußerst komplizierte Phase in ihrer Geschichte: Sie befinden sich mitten im Krieg mit dem Irak und mit Afghanistan mit einem Kostenaufwand für die USA in Höhe von 16 Milliarden Dollar **pro Monat**. Diese Summe entspricht dem Jahresbudget der Vereinten Nationen! Die Mehrheit der US-Bevölkerung fordert die baldmögliche Beendigung dieser Kriegshandlungen der USA. Die Wirtschaft ist in einem krisenhaften Zustand. Die Immobilien- und Hypothekenkrise zeigt sich u. a. in der Zahl von mit Insolvenz bedrohten US-Banken, noch 107 im Jahr 2008. Das ist der höchste Stand seit fünf Jahren. Das Haushaltsdefizit beträgt 400 Milliarden Dollar. Die Einkommen der Mittelschichten fallen seit dem Jahr 2000. Laut einer Studie des Commonwealth Fund, einer Denk-Fabrik in New York, sind 75 Millionen erwachsener US-Amerikaner unter- oder gar nicht versichert. Das entspricht 42 % der Bevölkerung zwischen 19 und 84 Jahren. Im Jahr 2003 waren es noch 35 %. In den USA besteht anders als in Europa keine obligatorische Krankenversicherung.

Der Wirtschaftsexperte Professor Paul Krugman bezeichnet in seinen in der New York Times wöchentlich erscheinenden kritischen wirtschaftspolitischen Analysen die republikanische Strategie für die Wirtschaft als eine „Politik der Dummheit“. Nur durch radikale Veränderungen in der Wirtschaft seien positive Lösungen für ihre Probleme zu finden, die zu Verbesserungen im Lebensniveau aller Bevölkerungsschichten des Landes führen können.

Unter der Führung von Präsident George W. Bush und Vizepräsident Dick Cheney sind die USA im Präsidentenwahljahr 2008 auf einem Tiefpunkt ihrer politischen Einflussnahme angelangt, so dass Forderungen nach Wandel in der USA-Politik an den praktischen Ergebnissen und Folgen der November-Wahlen gemessen werden müssen.

Die Anfang Juli 2008 einsetzende zweite Phase des Wahljahres 2008 wurde hauptsächlich bestimmt durch die z. T. heftigen machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten und deren jeweiligen Wahlkampfteams. Es ging um den Inhalt ihrer Wahlprogramme und ihren persönlichen Vorschlag für den Vizepräsidenten. Hauptaufgaben der beiden Parteitage waren:

1. Die endgültige Nominierung für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten.
2. Die Verabschiedung einer sogenannten Plattform, in der die Grundzüge für die Politik der nächsten vier Jahre dargestellt werden, zugeschnitten auf den Präsidentschaftskandidaten.

Zum Wahlkampfteam Obama

Presse und Wahlbeobachter bestätigen Barack Obama, dass er ein außerordentlich gut und erfolgreich arbeitendes Beraterteam an seiner Seite hat. Es ist ein Multi-Millionen-Dollar-Unternehmen mit gut 1 000 Angestellten und Außenbüros in fast allen 50 Bundesstaaten der USA. Sein außenpolitischer Beraterstab umfasst über 300 Experten, die in 20 thematische Inhalte und in Weltregionen aufgeteilte Arbeitsgruppen organisiert sind. Zum inneren außenpolitischen Beraterkreis gehören: Prof. Brzezinski, Susan Rice, eine Afrikaexpertin im ehemaligen Außenministerium von Clinton, dessen erster nationaler Sicherheitsberater Anthony Lake sowie der erst 38-jährige Denis McDonough, der als außenpolitischer sowie ‚Koordinator‘ fungiert. Letzterer war früher als Mitarbeiter für mehrere demokratische Senatoren tätig sowie als „Fellow“ bei der Stuttgarter Robert-Bosch-Stiftung, beim Bundestag in Berlin und bei „Transparency International“ in München. Kräftige persönliche Unterstützung gewährten Madeleine Albright und Warren Christopher, ehemalige Außenminister unter Präsident Clinton. Auch Colin Powell, ehemaliger Außenminister in der ersten Wahlperiode von Präsident Bush, gehört zu den Beratern.

Bereits 2005, als Obama US-Senator für den Bundesstaat Illinois wurde, entstand auf Initiative von David Axelrod, Robert Gibbs, Peter

Rouwe und Barack Obama unter dem Begriff „The Plan“ eine Computerdatei, die seitdem immer wieder aktualisiert und überarbeitet wurde. Die Kritiken von links und die Angriffe von rechts sind ebenso Bestandteil des „The Plan“ wie die Sammlung der Spendengelder sowie die Kontrolle über alle gefassten Beschlüsse.

Zum Wahlkampfteam John McCain

Nach bisherigen offiziellen Mitteilungen umfasst dieses Team rund 300 fest angestellte Kampagnehelfer. Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik sollen mindestens 75 prominente Berater zur Verfügung stehen. Es befindet sich gegenwärtig in einem radikalen Umbau. Steve Schmidt, der bereits George W. Bush und dem Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, zum Wahlsieg verholfen hatte, ging an die Spitze des Wahlkampfteams. Er forderte eine neue Organisationsstruktur, sonst würde McCain garantiert gegen Obama verlieren.

Verschärfte Auseinandersetzungen zwischen beiden Wahlkampfteams

Die beiden Wahlkampfteams McCain und Obama unterscheiden sich in ihren außen- und sicherheitspolitischen Strategien und Aktionen ganz wesentlich voneinander. Während sich McCain für die direkte Fortsetzung der bisherigen neokonservativen Strategien entschied, bevorzugt das Obama-Team vor allem die Politik der ausgestreckten Hand. Ganz offensichtlich haben die turbulenten weltpolitischen Ereignisse vom Kaukasus bis Asien der letzten Wochen den Wunsch vieler US-Bürger nach einer verlässlichen weltpolitischen Führung aufkommen lassen.

Seit Eintritt in die heiße Phase des Kampfes um die Präsidentschaft in den USA haben sich die politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Wahlkampfteams von der Republikanischen Partei unter der Führung von John McCain und von der Demokratischen Partei unter Führung von Barack Obama kräftig verschärft. Von dem ehemaligen Versprechen beider Präsidentschaftskandidaten, immer einen fairen Wahlkampf zu führen, ist kaum noch etwas übrig geblieben. Der Demokrat Obama warnte auf einer Wahlveranstaltung in Missouri davor, dass das McCain-Team die Angriffe gegen seine Person ver-

binden werde mit persönlichen Verleumdungen und Beschimpfungen. Es soll die Wählerinnen und Wähler verängstigen.

Die harten Bandagen gegen Obama sind im Wahlkampfteam von John McCain verbunden mit dem Auftreten des ehemaligen Bush-Beraters Steven Schmidt und des gegenwärtigen außenpolitischen Beraters von McCain, Randy Scheunemann. Letzterer war bis März 2008 in Washington, D. C., über vier Jahre lang als bezahlter Lobbyist für die georgische Regierung tätig. Maßgeblich von ihm initiiert sind einige Resolutionen, in denen die bald mögliche Aufnahme Georgiens in die NATO gefordert wurde. Unter den insgesamt 75 außenpolitischen Beratern für McCain befinden sich einige führende neokonservative Politiker wie Robert Kagan, William Kristol und der frühere CIA-Direktor James Woolsey. Diese Strategen versuchen immer wieder, Obama als arrogant, abgehoben und unfähig zur Präsidentschaft darzustellen.

Anfang August 2008 dokumentierte die Zeitschrift ‚The Atlantic‘ einen erbitterten Insider-Streit im Wahlkampfteam von Hillary Clinton um die Frage, mit welcher Strategie man Barack Obama am besten besiegen könnte. Ihr Topstratege Marc Penn hatte seit März 2007 immer wieder darauf gedrängt, gegen Barack Obama mit einer Negativstrategie anzugehen. In dem Penn-Memo hieß es: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass Amerika in Kriegszeiten einen Präsidenten wählt, der nicht fundamental amerikanisch in seinem Denken und in seinen Werten ist. ... Clinton solle ein Monopol auf den Begriff „amerikanisch“ im Wahlkampf anstreben, die Flagge zu ihrem Symbol machen und Obama mangelnden Patriotismus vorwerfen. Marc Penn konnte sich mit diesem Konzept nie voll durchsetzen. Andere Berater Hillary Clintons äußerten große Bedenken, so dass ein bestimmter Schlingerkurs zustande kam. Strategen von McCains Wahlkampfteam griffen die Erfahrungen von Marc Penn auf und platzierten deswegen im Fernsehen mehr Negativwerbung gegen Obama als positive Werbung für McCain. Obama sei nur ein Medienstar, aber als Politiker ohne Substanz. Auf dem Wahlparteitag der Demokraten Ende August 2008 in Denver stellten sich die Delegierten geschlossen hinter Barack Obama und kürten ihn zu ihrem Kandidaten für das Weiße Haus. Hillary und Bill Clinton bekannten sich in flammenden Reden zu Barack Obama. Der oben geschilderte Insiderstreit bleibt ein historisches Detail in einem speziellen Wahlkampfteam.

Anfang August 2008 wurde die Schmähchrift des erzkonservativen Publizisten Jerome Corsi „The Obama Nation - Leftist Politics and the Cult of Personalities“ (in etwa übersetzt „Der Obama-Staat - Linksradikale Politik und Personenkult“) in die Bestsellerliste der New York Times hochkatapultiert. In einem seiner über 100 Interviews erklärte Corsi gegenüber der Presse: „Das Ziel ist, Obama zu besiegen. Ich will nicht, dass Obama Präsident wird.“

Der Verlag Threshold Editions war mit einer Erstauflage von 475 000 auf den Büchermarkt gegangen. Der Preis von zunächst 28 Dollar pro Stück wurde auf unter 10 Dollar zurückgestuft, um einen Massenabsatz erreichen zu können. Bis jetzt ist der genaue Hintergrund dieser Aktion gegen Obama noch unklar.

Genau vor vier Jahren war Corsi mit einem ähnlichen ‚Werk‘ gegen den demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry mit der gleichen Zielsetzung vorgegangen. Corsi zweifelte damals Kerrys Leistungen als Kommandeur eines Patrouillenbootes im Vietnamkrieg an und sprach ihm die Fähigkeit ab, bei einem Wahlsieg als Oberkommandierender der Armee wirken zu können. Unentschlossene Wähler der Mitte sollten mit Hilfe dieser Schmähchrift davon überzeugt werden, dass ein dekoriertes Kriegsveteran John Kerry in Zeiten des Terrors das Land USA nicht führen kann. Das außerordentlich knappe Wahlergebnis zu Gunsten von Georg W. Bush ist bekannt.

Der Zeitpunkt der ersten Auflage der Schmähchrift gegen Obama, die Wahl des Titels und die inhaltliche Gestaltung des Buches lassen den Schluss zu, dass Corsi seine durchweg böswilligen Angriffe gegen die Persönlichkeit Barack Obama ganz gezielt mit Verleumdungen, Unterstellungen und Lügen verknüpft hat. Corsi sieht darin offenbar eine Chance, wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl am 4. November 2008 politischen Einfluss in Richtung Verhinderung der Wahl Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten in der Geschichte der USA nehmen zu können.

Zu den Vizepräsidentschaftskandidaten Joe Biden und Sarah Palin

Zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten gilt als Regel, dass jeder die Möglichkeit erhält, den Namen seines vorgesehenen Vizepräsidenten erst ganz kurze Zeit vor dem jeweiligen Parteitag der Öffentlichkeit bekannt zu geben, um für seine eigene Kandidatur

punkten zu können. Entsprechend der Reihenfolge der Parteikonvente im Wahljahr 2008 musste der Demokrat Obama vor dem Republikaner McCain beginnen.

Vizepräsidentschaftskandidat Joe Biden

Barack Obama war für sich zu der Überlegung gekommen, seine Vorstellungen, über welche Fähigkeiten und Eigenschaften sein Vize verfügen müsste, niederzuschreiben: 1. Er muss fähig sein, die Präsidentschaft zu übernehmen. 2. Die ausgewählte Person muss mir beim Regieren helfen können und ein effektiver Partner in dem Bemühen sein, die Wirtschaft daheim zu beleben und durch bedrohliche Wasser zu lenken. Und 3. Er muss ein unabhängiger Geist sein, der mein Denken herausfordert, kein Ja-Sager.

Tatsächlich schaffte die Nominierung des Washingtoner Insiders Joe Biden zum „running mate“ (Vizepräsidentschaftskandidaten) von Barack Obama die ganze notwendige Wucht für den Wahlparteitag in Denver: Der 65-jährige Joe Biden dient seit 1972 im US-Senat und ist bekannt und beliebt als Veteran in der Weltpolitik, als außenpolitischer Profi, als Schlachtross in Washington und als bärbeißiger ‚Mann der Mitte‘ mit einem außergewöhnlich losen Mundwerk. Senator Biden vertritt den Bundesstaat Delaware. Für Bill und Hillary Clinton ist er ein „außergewöhnlich starker und erfahrener Politiker und hingebungsvoller Diener des öffentlichen Interesses“.

Joe Biden ist Katholik und stammt aus einem einfachen Elternhaus, war nach dem Unfalltod seiner ersten Frau und einer Tochter alleinerziehender Vater von zwei Jungen und gilt nach seiner zweiten Heirat weiterhin als ‚ärmster‘ Senator im US-Kongress.

Die ganze politische Gemeinschaft in Washington sah mit großen Erwartungen dem ersten Auftreten von Joe Biden unter dem Aspekt entgegen, wie wird er sich mit seinem Freund John McCain auseinandersetzen: Zuerst lobte der McCain. Er ist mein Freund, der im Vietnamkrieg persönlichen Mut und Heldentum bewiesen hat, aber ich bin absolut gegen die Richtung, die er unserem Land geben will: Ich bin dagegen, dass McCain den größten Firmen in den USA eine Milliarde Dollar Steuern erlassen will, aber keine Erleichterung für Millionen Familien plant; ich bin dagegen, dass er vier Milliarden Dollar Steuer-senkungen für die glänzend verdienenden Ölfirmen beschließen lassen will, aber 19 Mal gegen einen höheren Mindestlohn stimmte; ich bin

dagegen, dass er in 95 % der Abstimmungen mit George W. Bush übereinstimmte und für den Irak-Krieg der USA weiterhin 12 Milliarden Dollar pro Monat ausgeben will.

Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin

John McCain setzt mit der ersten Gouverneurin der Republikanischen Partei, Sarah Palin, als seine mögliche Vizepräsidentin auf einen ganz speziellen Frauenfaktor des Wahljahres 2008. Hillary Clinton hatte während der Vorwahlen rund 18 Millionen Wählerinnen und Wähler hinter sich gebracht. Darunter waren viele Frauen und Mädchen, die nach der parlamentarischen Niederlage von Hillary Clinton gegen Barack Obama so enttäuscht waren, dass sie nunmehr John McCain ihre Stimme am 4. November geben wollten. Im Magazin ‚Politico‘ erklärte Frau Palin: „Es stellt sich heraus, dass Amerikas Frauen noch nicht am Ende sind.“

Sarah Palin wurde am 11. Februar 1964 in Idaho geboren. Die Eltern waren Volksschullehrer und zogen in die Kleinstadt Wasilla im Süden Alaskas um. Sie studierte Journalismus und Politologie in Idaho und arbeitete kurze Zeit als Sportreporterin. 1992 wurde sie Stadträtin von Wasilla, 1996 Bürgermeisterin dieser Stadt und 2006 jüngste Gouverneurin von Alaska – als erste Frau in dem Amt.

Seit 1988 ist Sarah Palin mit ihrem Schulfreund Todd Palin verheiratet, der von Beruf als Fischer arbeitet. Sie haben fünf Kinder im Alter zwischen 19 Jahren und vier Monaten.

Im kulturellen Wertesystem der USA steht Sarah Palin rechts von John McCain. Aufgrund ihrer bisherigen politischen Handlungen wird sie als erzkonservative Republikanerin eingeschätzt und gilt als eine anerkannte Vertreterin der religiösen Rechten. Als Sportschützin gehört sie zur National Rifle Association (NRA). Sie wirbt für republikanische Kerntugenden wie Budgetdisziplin, Steuerreduzierungen, kleine Regierung, Kampf gegen Korruption und Lobbyismus.

Zu Ergebnissen des Parteitages der Demokratischen Partei

Das entscheidende Resultat des Parteitages der Demokratischen Partei von Ende August 2008 in Denver, zum ersten Mal in der Wahlgeschichte der USA einen schwarzen Politiker namens Barack Obama per Akklamation offiziell für die Präsidenten-Wahl am 4. November

2008 zu nominieren, ist in erster Linie durch das einheitliche Verhalten aller Delegierten zustande gekommen. Einen ganz wesentlichen persönlichen Anteil daran erwarb sich Hillary Clinton am zweiten Parteitag mit ihrer Botschaft an alle Delegierten zur Einheit, Versöhnung und Kampfgeist der Partei gegen den Rivalen von Barack Obama, den Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, John McCain.

Hillary Clinton erklärte: „Barack ist mein Kandidat und er muss mein Präsident werden.“ Ihre 18 Millionen Anhänger aus der Vorwahlzeit bittet sie in ihrem Verhalten um dieselbe Größe und Selbstüberwindung: „Wir gehören demselben Team an. Die Demokraten müssen das Weiße Haus zurückerobern, weil sich das Land keine weiteren vier Jahre unter der Bush-Kopie John McCain leisten kann. Ihr müsst euch überlegen, ob ihr mich nur meinetwegen unterstützt habt oder wegen der Amerikaner, die unsere Hilfe brauchen.“ Es war Hillary Clinton, die einer am nächsten Tag in Gang geratenen Kampf Abstimmung zwischen Clinton und Obama durch den Akklamationsvorschlag den Boden entzog. „Mit tiefer Dankbarkeit und großer Demut akzeptiere ich die Nominierung für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten“ - so waren die ersten Worte Barack Obamas in seiner Abschlussrede zum Ende des Parteitages.

Bill Clinton hatte sich von ehemals kritischen Positionen gegenüber Obama abgewandt und sich für die von seiner Ehefrau vorgeschlagene positive Unterstützung entschieden. Er versetzte allen Spekulationen durch seine kräftige Unterstützung für Obama im Sinne von ‚Die Ära Clinton ist zu Ende, die Ära Obama hat begonnen‘ ein endgültiges Ende.

Michelle Obama hatte am ersten Tag des Konvents mit einem überzeugenden Beitrag die Behauptung des republikanischen Wahlkampfteams widerlegt, sie sei die eigentliche Hauptschwachstelle ihres Ehemanns. Als Kämpferin in neuer Rolle nannte sie ihren Ehemann Barack „einen Fels“, der sowohl eine unterstützende und liebende Ehefrau an seiner Seite braucht, aber auch an einer guten Repräsentantin der USA interessiert ist. Sie beendete ihre Rede mit dem Bekenntnis: „Ich werde sein, was mein Land von mir verlangt. Dies wird mein Job sein. Und ich muss darauf vorbereitet sein, zu tun, was nötig ist. Ich liebe die USA.“ Als ‚Power-Paar‘ verhalten sich Michelle und Barack Obama ebenbürtig, sind beide hoch intelligent und auch als

politische Talente inzwischen sehr bekannt und begehrt. All dies erinnert an zwei bedeutsame historische Ereignisse: Vor genau 88 Jahren wurde in den USA das Frauenwahlrecht eingeführt. Und vor genau 45 Jahren hielt Martin Luther King seine berühmte Rede „I have a dream!“ Der 1968 ermordete Bürgerrechtler hatte darin ein Amerika ohne Rassenschranken beschworen.

Zwei King-Kinder erklärten: „Unser Vater wäre stolz auf Barack Obama. Ein Teil seines Traumes ist jetzt wahr geworden. Barack ist Kandidat, und nicht seine Hautfarbe, sein Charakter war entscheidend.“

Senator Edward Kennedy stellte den 47-jährigen Barack Obama in eine Reihe mit seinem Bruder John F. Kennedy, der in den 60er Jahren eine Aufbruchstimmung ausgelöst hatte. Der 76-jährige, an Krebs schwer erkrankte Ted Kennedy, riss die Delegierten mit einer kämpferischen Rede mit: „In diesem November wird die Fackel erneut an eine neue Generation von Amerikanern weitergegeben.“ Er nahm damit Anleihe an der Nominierungsrede seines Bruders im Jahre 1961 und versprach, bei der Amtseinführung von Barack Obama am 20. Januar 2009 dabei zu sein, und zwar als erneut gewählter US-Senator.

Besonders in den Auftritten des früheren Vizepräsidenten und Nobelpreisträgers Al Gore, des Senators und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten John Kerry und mehrerer erfolgreich tätiger Gouverneure von Bundesstaaten, die das Endresultat der Präsidentschaftswahlen wesentlich zugunsten der Demokratischen Partei mit bestimmen können, wird klar, dass alle Hoffnungsträger der Partei geschlossen handeln müssen. Dabei sind noch viele heiße Auseinandersetzungen mit Rivalen aus der Republikanischen Partei zu überstehen, damit Barack Obama als siegreicher Präsident ins Weiße Haus einziehen kann.

In diesem Zusammenhang seien noch folgende Gedanken gestattet: Je näher der Wahltermin 4. November heranrückt, umso mehr muss der Wähler eine Entscheidung treffen, welchen Politiker er sich als nächsten Präsidenten der USA wünscht. Bis jetzt interessierten den Wähler vor allem harte Fakten und Strategien, aber nun geht es um konkrete Menschen und bestimmte Eigenschaften sowie Umgangsformen, um die Art, sich mit seiner Umwelt auseinander zu setzen und andere Menschen verstehen zu wollen bzw. zu können. Plötzlich drängt sich dem Wähler auch die Rassenfrage auf, über die viele US-Bürger nicht

offen sprechen möchten. Nach 145 Jahren offizieller Abschaffung der Sklaverei spürt er, dass diese Frage immer noch eine wichtige Rolle spielt, auch wenn es nicht jeder eingestehen will.

Barack Obama selbst hat sich im Wahlkampf nie vordergründig als erster durchaus glaubwürdiger schwarzer Präsidentschaftskandidat definiert. Und er weiß natürlich auch, dass gerade noch unentschlossene Bürger echte Probleme haben, ihm ihre Stimme zu geben. Ebenso bewusst ist ihm, dass man Menschen verprellen kann, wenn man gezielt historische Komponenten ins Spiel bringt.

Eine Umfrage der Stanford University ergab, dass die immer noch latent vorhandenen Vorurteile gegenüber schwarzen Politikern sehr gefährlich für Obama im Kampf ums Weiße Haus werden könnten, wenn es zwischen den Kandidaten eng würde.

Einflussreiche US-amerikanische Wahlbeobachter haben Obama bereits vor Monaten den "fremden Amerikaner" genannt, und zwar auf Grund seiner Herkunft und seiner eigenen Familie. Schließlich habe man ihn auch als einen Politiker wahrgenommen, der die Politik nicht nur erneuern möchte, sondern Wirtschaft, Staat und Gesellschaft grundlegend umwälzen wolle, um seinen Wahlslogan "Change" (Wandel) in die Tat umzusetzen. Zwar habe ihm das ganze Land zugejubelt: "Yes, we can", aber bis jetzt habe man noch nicht erfahren, was unter dieser Strategie zu verstehen sei.

22 % aller weißen Amerikaner hätten in der o. g. Umfrage Obama als "überheblich", 11 % als "verantwortungslos" bezeichnet. Unter den befragten weißen Demokraten bekundeten 58 % ihre Unterstützung für ihn. Auch unter den unabhängigen Wählern seien viele Vorurteile gegenüber schwarzen Politikern zutage getreten. Insgesamt sei erkennbar, dass latenter Rassismus Obama den Wahlsieg kosten könne.

Die Frage, ob die USA im Jahr 2008 "reif" für einen schwarzen Präsidenten sind, lässt sich somit (noch) nicht abschließend beantworten.

Zur Grundsatzrede Barack Obamas am Schlusstag des Parteitages

Er begann seine Rede mit den Worten: „Mit tiefer Dankbarkeit und großer Demut nehme ich die Nominierung zur Präsidentschaft der Vereinigten Staaten an.“ Kampfeslustig traf er die Feststellung, dass acht Jahre Bush genug sind. Scharf kritisierte er seinen republikanischen Konkurrenten John McCain als Mitläufer von Bush, der in der

Vergangenheit zu 90 % mit dem republikanischen Präsidenten gestimmt habe. Seit zwei Jahrzehnten unterstütze McCain die alte, diskreditierte Philosophie der Republikaner, den Reichen immer mehr zu geben in der Hoffnung, alle anderen Bevölkerungsschichten würden dadurch am Wachstum profitieren. Diese Politik ist gründlich gescheitert.

Obama beschwor den 'Wandel', der eine grundsätzliche Wende in der US-Politik – im Inneren wie nach Außen – ermögliche.

In der Innenpolitik verband er dies mit folgenden Versprechen, die untrennbar mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden sind: Die USA müssten endlich den Menschen ohne Arbeit und wirtschaftlicher Not, den alleingelassenen Veteranen des Kriegs, den Familien und Kindern ohne Krankenversicherung beistehen; 95 % der US-amerikanischen Familien sollen steuerlich entlastet werden. Zugleich sollen Steuerschlupflöcher gestopft und Steuervergünstigungen für Reiche gestrichen werden; innerhalb von 10 Jahren soll die Erdölabhängigkeit der USA vom Ausland 'entscheidend' verringert und im selben Zeitraum 150 Milliarden Dollar in Alternativenergien investiert werden; die Erdgasreserven sollen angezapft werden, in saubere Kohletechnik ist zu investieren und Wege müssen gefunden werden, um die Atomkraft sicher zu nutzen; der weitere Verfall des Gesundheitswesens in den USA soll gestoppt und die 75 Millionen erwachsenen USA-Bürger, die gegenwärtig überhaupt nicht oder unterversichert sind, in einem qualitativ hochwertigem Gesundheitssystem versorgt werden; das Schulsystem verdient besondere Fürsorge und vielseitige Unterstützung.

'Wandel' nach außen verband Obama mit der verantwortungsvollen Beendigung des USA-Krieges im Irak und der Beendigung des Kampfes gegen al-Qaida und den Taliban in Afghanistan. Die Streitkräfte werde er erneuern, damit sie künftigen Konflikten begegnen können. Gegen den Iran will er mit Hilfe einer harten, direkten Diplomatie dafür sorgen, Atomwaffen zu verhindern. Mit den Ländern der Erde will er für den Aufbau neuer Partnerschaften sorgen, um die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts zu besiegen: Terrorismus und Weiterverbreitung von Atomwaffen, Armut und Völkermord, Klimawandel und Seuchen. Dass moralische Ansehen der USA müsse wiederhergestellt werden. Amerika solle für alle, die für die Sache zur Freiheit

berufen sind, die letzte, beste Hoffnung sein für ein Leben in Frieden und in einer besseren Zukunft sein.

Die Wahlkampfmaschine der Republikaner feuerte auf allen Kanälen per E-Mails, Blogs, mit Web-Videos und Interviews gegen die Grundsatzrede Obamas und die Resultate des Parteitages der Demokraten. Das Bühnenbild verspotteten sie als „Obama-Tempel“ und „Barackopolis“. Auftretende Unsicherheiten und Selbstzweifel bei demokratischen Politikern sollten aufgegriffen werden, um die festgestellte Wiederbelebung des Vertrauens in die Einheit der DP zu stören.

Die meisten politischen Analysten in den USA hoben in ihren Einschätzungen der Grundsatzrede Obamas positiv hervor, dass er sich den größten Herausforderungen an ihn gestellt habe. Zum einen habe er sein Versprechen eingelöst, sein Verständnis von 'Wandel' mit ganz irdischen politischen Vorschlägen zu 'unterfüttern', und zum anderen habe er seine Bereitschaft demonstriert, den Kampf gegen John McCain anzunehmen. Einige Analysten meldeten Zweifel an, ob sich die demokratischen Wünsche nach mehr Gerechtigkeit und Staatsaktivismus im Zeitalter der Globalisierung verwirklichen lassen. Was er abgeliefert habe sei eine Mischung aus alt und neu gewesen, eine neue Härte, gepaart mit alten Botschaften, die ihn nach Denver gebracht hätten.

Zu Ergebnissen des Parteitages der Republikanischen Partei Anfang September 2008

Hurrikan „Gustav“ verzögerte den Beginn des Parteitages und brachte die Regie etwas durcheinander. Die fünf Gouverneure der von der Naturkatastrophe betroffenen Bundesstaaten an der Golfküste bewährten sich in der Praxis als Tropenstürmer. Sie wandten sich per Videoschaltung an den Parteitag: „Wir republikanischen Gouverneure in unseren republikanischen Staaten kümmern uns um unsere Bürger. Das ist es, was wir tun... Dieser Sturm mag unsere Staaten herausfordern, aber er wird nicht unseren Willen erschüttern.“ Auf dem Parteitag traten First Lady Laura Bush und die Ehefrau des Präsidentschaftskandidaten Cindy McCain mit der Bitte um Spenden an die Delegierten heran. Präsident Bush und sein Vize Cheney begründeten mit ihren Verpflichtungen zur Hilfeleistung gegenüber den betroffenen Bundesstaaten ihre Abwesenheit vom Parteitag. Präsident Bush schickte lediglich eine Videobotschaft, in der er die Kandidatur von

McCain vor allem aufgrund dessen Haltung zum Irak-Krieg befürwortete: "Wir brauchen einen Präsidenten, der die Lehren des 11. September 2001 versteht. Wir müssen in der Offensive bleiben, Angriffe abwehren, bevor sie geschehen, und nicht darauf warten, erneut getroffen zu werden. Der Mann, den wir benötigen, ist John McCain."

Als Motto für den Parteitag insgesamt diente der Wahlkampfslogan von John McCain „Country First“ („Das Land zuerst“). McCain unterstrich: „Nichts bringt größere Freude im Leben als einem Anliegen zu dienen, das größer ist als man selber. Kämpft mit mir. Steht auf und kämpft. Wir sind Amerikaner und wir geben niemals auf. Wir verstecken uns niemals vor der Geschichte. Wir schreiben Geschichte.“ Und polemisch fügte er hinzu: „Lasst mich gleich vorweg die alte Garde in Washington warnen, die für große Staatsausgaben ist, die nichts tut, als sich an die allererste Stelle und das Land nur an die zweite Stelle zu setzen.“

In den meisten Reden auf dem Parteitag dominierten zwei Botschaften: 1. Republikaner sind Patrioten, Demokraten sind anders und 2. Obama fehlen Eignung und Erfahrung für das Weiße Haus. McCain besitzt als langjähriger, kampferprobter Reformier und dazu noch durch sein bewiesenes Heldentum in Vietnam alle Voraussetzungen, um 2008 – im ‚Jahr des Wandels‘ – die Präsidentenwahlen zu gewinnen und in Washington einen politischen Neubeginn erfolgreich in Gang zu bringen.

Am ersten Tag verabschiedete der Parteitag ein 60 Seiten umfassendes Wahlprogramm. Vor halbleerem Saal wurde über den Entwurf des Dokumentes nicht diskutiert, sondern er wurde in Windeseile einstimmig angenommen. 112 Delegierte hatten den Entwurf erarbeitet, erstmals unter Teilnahme Tausender Republikaner per Internet. Inhaltlich richtet sich das Programm auf die Interessen und die Befriedigung der Bedürfnisse der Basisgruppen der Partei. Im Abschnitt 'Umwelt und Klimawandel' setzt sich McCain für den Emissionshandel nach einem Cap-and-Trade-System und für stärkere staatliche Regulierung beim Umweltschutz ein. Das Programm seiner Partei dagegen erwähnt den Emissionshandel mit keinem Wort und verteufelt staatliche Einmischung in die Klimakrise. Sie führe nur zu ungewollten Konsequenzen und undenkbaeren wirtschaftlichen Schmerzen. Ähnliche widerspruchsvolle Aussagen finden sich in fast allen Abschnitten des Programms. Der Family Research Council – eine Lobbygruppe vom

rechten Parteiflügel – rühmt dieses Programm als das "konservativste, abtreibungsfeindlichste, familienfreundlichste in der Geschichte der Republikanischen Partei".

Zur Rede von Sarah Palin

Viel Lob und wenig Tadel erntete die vom Parteitag per Akklamation ernannte Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin. Alle Redner, die zu den führenden Politikern der RP zu zählen sind, sahen in der Gouverneurin Palin eine ideale politische Partnerin an der Seite von John McCain. Die beiden in den Vorwahlen gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Fred Thomsen und Rudy Guiliani verteidigten in ihren Reden Sarah Palin energisch. Fred Thomson sagte: "Sarah Palin regiert als Gouverneurin tatsächlich einen Bundesstaat, statt nur in den Washingtoner Sonntagstalkshows draufloszureden."

Die New York Times hatte über eine ganze Reihe persönlicher, familiärer und beruflicher 'Unwägbarkeiten' aus dem Leben der Gouverneurin von Alaska berichtet, aber stets wurden Entlastungen zu ihren Gunsten gefunden und anerkannt. Scherzhafterweise fand der Aufkleber Verbreitung: "Der kälteste Staat, die heißeste Gouverneurin!" Etwas ironisch, aber auch zugleich etwas selbstkritisch beschrieb sie ihr Bekenntnis zur traditionellen Frauenrolle: "Was ist der Unterschied zwischen einer Eishockey-Mutter und einem Pitbull? Der Lippenstift."

Sarah Palin wurde von führenden Politikern ihrer Partei die Fähigkeit zugesprochen, den 'Wandel in der Politik' zusammen mit John McCain nach Washington zu tragen und dort hinsichtlich Korruption, Verschwendung und Seilschaften für reine Luft zu sorgen. In Anspielung auf die von Kritikern aus der Demokratischen Partei geäußerten Bedenken wegen ihrer ungenügenden Qualifikation zeigte sich Palin unbeeindruckt: "Ich gehe nicht nach Washington, um den Respekt der Journalisten zu erwerben, sondern dem amerikanischen Volk zu dienen." Gleichzeitig war nicht zu übersehen, dass sich Sarah Palin immer wieder als Frau mit Kleinstadtwerten vorstellte, die ihre Wurzeln nicht vergessen habe und deshalb dazu in der Lage wäre, daran mitzuwirken, das ganze Land zu reformieren.

An Obama ließ sie kein gutes Haar. Er sei ein 'kosmopolitischer Opportunist'. Sie dagegen habe in der Praxis als Bürgermeisterin und Gouverneurin etwas bewirkt, sich mit der Ölindustrie, mit Washington

und mit der eigenen Partei angelegt und dabei habe sie als Reformerin Veränderungen zugunsten der Menschen erzielen können. Einer Auseinandersetzung mit politischen Grundpositionen ihres eigentlichen Rivalen aus der Demokratischen Partei, nämlich mit dem Vizepräsidentschaftskandidaten US - Senator Joe Biden ging sie aus dem Weg, indem sie nicht einmal seinen Namen nannte. Sollte im September/Oktober 2008 zwischen ihnen ein Streitgespräch zustande kommen, könnte das nachgeholt werden.

Parteitagsdelegierte, die liberale Grundpositionen in der Politik bevorzugen, kritisierten die Rede Sarah Palins wegen der fehlenden Stellungnahme zur Wirtschaft, Konjunktur und Wirtschaftspolitik, die sich immer mehr zu zentralen Themen im Wahlkampf entwickelt haben.

Zur Parteitagsabschlussrede von John McCain

In seiner zum Abschluss des Parteitages gehaltenen Rede nahm John McCain die Nominierung seiner Partei zum Präsidentschaftskandidaten offiziell an und präsentierte sich als Reformier, Patriot und Staatsmann. Im Falle seines Sieges am 4. November 2008 kündigte er die Umsetzung des 'Wandel-Konzepts' durch grundlegenden Politikwechsel an und streckte die Hand aus zur Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.

John McCain fühlte sich so souverän, dass er in seiner Rede nicht einmal den Namen des scheidenden Präsidenten, George W. Bush, nannte, aber dafür eine Kampfansage an das Washingtoner Establishment richtete: "Lasst mich eine Warnung an die alte Sippschaft in Washington richten, die groß im Ausgeben ist, nichts tut, zuerst an sich selbst denkt und erst als zweites an das Land: Es kommt ein Wandel.". Er kündigte einen entschiedenen Kampf gegen den Einfluss der Lobbyisten, Korruption und Geldverschwendung aus politischen Eigeninteressen an.'

John McCain erinnerte an zwei seiner wichtigsten Lebensabschnitte, 1. die Zeit als Militär, Bomberpilot und Kriegsgefangener über fünf-einhalb Jahre hinweg in Vietnam und 2. die Zeit als Vertreter seines Bundesstaates Arizona als US-Senator. Einige Diskussionsteilnehmer griffen seine diesbezüglichen Schilderungen und die seiner Ehefrau Cindy McCain mit dem Ziel auf, den Beweis zu erbringen, dass McCain in seinem Leben zahlreiche Prüfungen mit Bravour und großarti-

gen Erfolgen bestanden hat, während Obama nichts Vergleichbares zu bieten habe.

McCain kokettierte in seiner Abschlussrede mit dem Etikett eines Maverick*). Er bewege sich gern als Außenseiter, der seiner persönlichen Richtschnur folge, die nicht unbedingt mit der Politik seiner Partei übereinstimmen müsse. Als Beispiel wiederholte er einen Satz, der ein Bekenntnis für seine Person bedeute: "Ich verliere lieber eine Wahl als einen Krieg." Als er diesen Satz vorgetragen hatte, brandete riesiger Beifall auf. Und ähnlich reagierten die Delegierten, als er unter seiner Führung eine harte Gangart gegenüber Russland versprach: "Wir dürfen nicht wegschauen, wenn wir Aggression und Rechtlosigkeit erleben". Dies sagte er mit Blick auf die jüngsten Geschehnisse im Kaukasus. Er fürchte sich nicht vor Gefahren, die die Welt heute bereit halte: "Ich bin darauf vorbereitet... Ich hasse Krieg. Und ich will Präsident werden, um mein Land sicher zu machen."

Im Falle seines Wahlsieges im November setze er in der Innenpolitik auf Ausgabendisziplin, Beibehaltung niedriger Steuersätze und weitere Kürzungen von bestimmten, noch festzulegenden Budgetposten. Neue Märkte wolle er öffnen lassen, die Schulbildung müsse verbessert werden. Im Energiesektor müsse die Abhängigkeit von ausländischen Erdöllieferungen durch Erhöhung eigener Erdölförderungen und Neubohrungen in küstennahen Gebieten verringert werden. 45 neue Kernkraftwerke sollten gebaut werden. Ansonsten fallen seine Schwachpositionen in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik auf. Keine neuen Ideen und kein umfassendes Wirtschaftsprogramm.

Für die Außen- und Sicherheitspolitik versprach McCain, alle diplomatischen und notfalls auch militärischen Mittel einzusetzen, um die USA zu schützen: "Ich weiß, wie die Welt funktioniert, ich kenne mich mit gut und böse aus." Er verteidigte den Irak-Krieg der USA und die von Präsident Bush verfügte Truppenaufstockung.

*) Der Begriff **Maverick** leitet sich vom Namen des Politikers und Rinderzüchter Samuel A. Maverick (1803–1870) ab, der seine Rinder nicht brandmarkte. Daraufhin wurden Rinder ohne Brandzeichen generell als *Maverick* bezeichnet. Im englischen Sprachgebrauch ist ein *Maverick* eine Person, die Unabhängigkeit in Denken und Handeln zeigt, ein Non-Konformist oder Rebell.

Die Positionen beider Präsidentschaftsbewerber zu ausgewählten Themen der Innen- und Außen-/Sicherheitspolitik

In der ‚Berliner Zeitung‘ vom 6./7. September 2008 auf Seite 2 und im ‚Spiegel Online‘ vom 27.08.08‘ werden Positionen von Barack Obama und John McCain zum Begriff ‚Wandel‘ zusammengefasst.

Afghanistan und NATO:

Für Barack Obama ist Afghanistan und nicht der Irak die zentrale Front im Krieg gegen den Terror. Er würde ca. 10 000 Soldaten vom Irak nach Afghanistan verlegen. Er fordert mehr Engagement von den Europäern und explizit, dass Deutschland sein Kampfverbot im Süden Afghanistans aufheben soll.

McCain befürwortet eine Truppenverstärkung in Afghanistan durch die Verdopplung der heimischen Armee, neuer NATO-Kontingente und amerikanischer Soldaten, wenn dadurch der Irak nicht destabilisiert wird. Er will einen Sonderbeauftragten für Afghanistan ernennen.

Irak:

Obama war von Anfang an gegen militärische Gewalt im Irak. Er will die Truppen innerhalb von 16 Monaten zurückziehen. Er will US-Soldaten zurücklassen, die Terrorgruppen bekämpfen und irakische Soldaten trainieren. Er will den Zeitplan der Situation anpassen. Er lehnt permanente US-Basen im Irak ab.

Nach eigener Darstellung wird seine Haltung zum Krieg durch den Grundsatz bestimmt: „Ich bin nicht gegen alle Kriege. Ich bin gegen dumme Kriege.“ Und den von den USA angezettelten Krieg gegen den Irak zählt er zu den dummen Kriegen, die er ablehnt. Im Herbst 2002 kritisierte er als Redner auf einer Anti-Kriegs-Kundgebung diese Position der Bush Administration: „Ich weiß, dass eine Invasion im Irak ohne klare Begründung und ohne starke internationale Unterstützung nur die Feuer des Nahen Ostens anfachen wird, die schlechtesten, nicht die besten Impulse der arabischen Welt fördern wird und den Rekrutierungsarm der Al Qaida stärken wird.“ Es darf nicht vergessen werden, dass diese Aussage zu einer Zeit erfolgte, als es in den USA Mehrheiten für den von neokonservativen Politikern vorgeschlagenen und bevorzugten Krieg gegen den Irak gab. Obama selbst stimmte einer Kongressresolution zu, die den Krieg ablehnte.

Nach dem Ausbruch des Irak-Krieges im Jahre 2003 nahm Obama Anteil an der Erarbeitung von Rückzugsstrategien für US-amerikanische Truppen. Im Juli/August-Heft von ‚Foreign Affairs‘ setzte er sich für eine nach außen gerichtete Nach-Irak-Krieg-Außenpolitik sowie für die Erneuerung einer diplomatischen und moralischen Führungsrolle der USA und ihres Militärs in der Welt ein und zwar in der Tat und als Vorbild.

Obama stellte sich auch auf die Forderungen der überparteilichen Baker-Hamilton-Study-Group ein, die einen Rückzug von Kampftruppen mit dem Verbleiben von mindestens 50.000 US-Soldaten verbanden. Ein konkreter Zeitraum für den Rückzug von US-Truppen wurde dabei nicht festgelegt.

Am 30. Januar 2007 initiierte Obama den Irac-War-De-Escalation-Act als einen Plan für einen phasenweisen Rückzug von US-amerikanischen Truppen aus dem Irak bis zum 31. März 2008.

Anfang Juli 2008 kündigte Barack Obama auf einer Wahlveranstaltung sogenannte Verfeinerungen in seiner Truppenrückzugsstrategie an. Voraussetzung für einen Truppenabzug sei allerdings eine ‚stabile Lage im Irak‘. Ein Abzug könnte nur vorsichtig, verantwortungsvoll und bedächtig erfolgen.

Kritiker Obamas - einschließlich einiger Freunde in den eigenen Reihen – sehen dieses Vorhaben als einen Rechtsruck an. Außerdem sei der gewählte Zeitpunkt im Wahlprozess 2008 sehr gefährlich. Im Hintergrund könne bei Obama die Vorstellung eine große Rolle spielen, dass die Wahlen am 4. November 2008 durch das Verhalten der „Mitte“ entschieden würden. In seinem Wahlkampf schenke er daher solchen Faktoren wie Religion, Patriotismus, Marktwirtschaft, Eigeninitiative und Freiwilligendienste besondere Aufmerksamkeit. Er relativierte seine ursprüngliche Forderung nach einer Neuverhandlung des NAFTA-Freihandelsabkommens, befürwortete plötzlich die Todesstrafe für Vergewaltiger von Kindern und gewann auch der ‚Politik der inneren Sicherheit‘ seitens der Bush-Administration mit den sogenannten Überwachungsmaßnahmen Gutes ab. Dieser Rechtsruck, so die linken Kritiker, könne ‚Verlierer-Positionen‘ begünstigen; denn die Wähler könnten sich dann lieber für das Original entscheiden. In Persona sei das John McCain. Das konservative Lager reagierte genüsslich auf diese Art Positionsveränderungen bei Obama und seiner vorgesehenen ‚Verfeinerungen‘ in der Truppenrückzugsstrategie.

Ein weiterer Rechtsruck in politischen Positionen Obamas wurde am 2. Juli 2008 in seiner Rede auf der in Washington, D.C., stattgefundenen Tagung der zionistischen Lobbygruppe „American Israel Public Affairs Committee“ mit dem Thema Maßnahmen gegen den Iran festgestellt. In seinen bisherigen Einschätzungen des Verhältnisses USA/Iran überwog die Betonung von Frieden, Dialog und Diplomatie als wichtigste Elemente für die Sicherheit. Auf dem letzten AIPAC-Treffen war es Barack Obama, der die israelische Führung dazu aufgefordert hatte, sich an das Abkommen von Annapolis zu halten und als Sofortmaßnahme die Bewegungsfreiheit der Palästinenser und deren Lebensbedingungen zu verbessern.

Er sprach sich für Gespräche mit Syrien und Iran aus und kündigte an, dass er als Präsident der USA auch in den Beziehungen mit dem Iran die Diplomatie wieder einführen werde. Für die vorgeschlagenen Gespräche wurde er ausgepfiffen.

Am 2. Juli 2008 erklärte er: „Die Gefahr aus dem Iran ist realistisch und mein Ziel wird sein, diese Gefahr zu eliminieren. Die Bande zwischen Israel und den Vereinigten Staaten sind unzertrennlich – heute, morgen und für immer.“ Wenige Tage vorher hatte er im Zusammenhang mit seiner Kür zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei hervorgehoben: „Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um nukleare Waffen im Iran zu verhindern.“ Für diese Erklärungen erntete er beim AIPAC-Treffen stehende Ovationen.

Am 12. Juli 2008 begründete Barack Obama in einer Grundsatzrede zur Politik im Irak im Falle seiner Wahl zum nächsten Präsidenten der USA ein außenpolitisches 5-Punkte-Programm und eine neue Ausrichtung der Anti-Terrorpolitik seines Landes. Er werde das militärische Engagement der USA im Irak schmälern und stattdessen den Kampf gegen das Terrornetzwerk Al Qaida in Afghanistan und Pakistan verstärken, weil den USA von dort neue Attentate drohen: Der Irak-Krieg soll enden, Al Qaida und die Taliban sollen besiegt werden, Nuklearwaffen verschrottet und die Energiepolitik reformiert – und schließlich sollen sich die USA wieder zu einem beliebten Bündnispartner entwickeln. Seine Vision: eine neue Welt der globalen Kooperation – mit einer starken UNO und 50 Milliarden Dollar US-Entwicklungshilfe pro Jahr.

Barack Obama bekannte sich ausdrücklich zu einer Politik der militärischen Stärke gegen den Terrorismus. Den regierenden Republika-

nen und ihrem Kandidaten John McCain warf Obama aber falsche Prioritäten und eine Unterschätzung der Bedrohung aus Afghanistan und Pakistan vor. Bush und McCain hätten erkennen müssen, dass die zentrale Front im Kampf gegen den Terror nicht im Irak liegt und nie dort gelegen habe. Wir haben aber gegenwärtig fünf Mal mehr Truppen im Irak als in Afghanistan.

Der Krieg im Irak lenkt uns ab von den Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind. Er geht auf Kosten unserer Sicherheit, unseres Ansehens in der Welt, unseres Militärs, unserer Wirtschaft und unserer Ressourcen. Als Präsident wolle er folgendes 5-Punkte-Programm in der Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen: Im Unterschied zu McCain wolle er raus aus dem Irak und daher den Krieg „verantwortungsvoll“ beenden, El Qaida und die Taliban besiegen. Nuklearwaffen und -material von ‚Schurkenstaaten‘ und Terroristen fernhalten. Eine unabhängige Energieversorgung sichern und die Allianzen mit den Verbündeten erneuern und ausbauen.

Beobachter bewerten dieses Programm von Barack Obama auch als einen Versuch, sich als künftiger Oberbefehlshaber vorzustellen.

McCain stimmte 2002 für den Irak-Angriff, kritisierte Bush aber für die Kriegsführung und will mehr Truppen. Er lehnte einen festen Zeitplan für einen Rückzug ab, ist aber nun willens, die Kampftruppen in 16 Monaten zurückzuziehen, wenn die Lage es erlaubt. Er will permanente US-Basen nicht ausschließen: "Wenn Menschen fragen: Wie lange bleiben die amerikanischen Truppen im Irak? Dann ist diese Frage naiv und missverständlich. Denn die Frage ist nicht: Wie lange sind wir in Irak, sondern wie handeln wir dort? Wir haben auch Truppen in Deutschland, Japan, Kuwait - fragt sich da irgendeiner, wie lange unsere Truppen dort bleiben?"

Das Phänomen Krieg zählt für McCain zu den natürlichen, selbstverständlichen, zu jeder Zeit in unterschiedlichen Formen und Arten auftretenden und unter Anwendung verschiedener Mittel und Methoden auch zu bekämpfend möglichen Lebensformen in der menschlichen Gemeinschaft. Für den erwachsenen Militär und Politiker ist der Krieg eine zu analysierende selbstständige Komponente nationaler Größe.

Was den Irak-Krieg der USA betrifft, so bestimmt dieser sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts heraus-

bildende Krieg bis heute das gesamte Wirken und Schaffen des Militanten und US-Politikers John McCain. Und sein Motto, man muss den Irak-Krieg „auf Dauer stellen“, wird dem Mitgestalter dieses strategischen Konzeptes in Zukunft, in welcher Position auch immer er tätig sein wird, viele Möglichkeiten zur Weiterentwicklung seines Beitrages zum Irak-Krieg bieten.

Kenner der jüngsten Militärgeschichte bezeichnen McCain aufgrund seiner 1999 umrissenen strategischen Vorstellungen über Präventivkriege als den eigentlichen Urheber der ‚Bush-Doktrin‘. Er sei es gewesen, der die Orientierung auf die außergewöhnliche Bedeutung von Präventivkriegen als Mittel der Politik begründete. Und von ihm stammt auch die neokonservative Idee, dass für die USA auch in Sachen der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen die Androhung von Präventivkriegen die Hauptrolle spielen müsse. Das war tatsächlich die Quintessenz der ‚Bush-Doktrin‘. Während die Bush-Administration im Frühjahr 2002 immer noch für die Wiederbelebung des Inspektionsprozesses im Irak eintrat, forderten McCain und weitere zum rechten Flügel der Bush-Regierung zählende Militärs und Politiker den raschen Regierungswechsel in Bagdad. Die Vereinigten Staaten sollten mit willigen Verbündeten daran arbeiten, ‚gesetzlose Regimes von innen und außen zu unterminieren‘.

John McCain zählt in den Reihen der Republikanischen Partei zu den großen Spezialisten der Außen- und Sicherheitspolitik. Das war sicherlich einer der Hauptgründe, warum er im Frühjahr 2008 unter den damaligen Bewerbern für den Präsidenten-Posten von der Führung der Grand Old Party als Präsidentschaftskandidat ausgewählt wurde. Ihm traute man als einzigem zu, dass er in den Wahlkämpfen zugleich als ‚Kriegsbefürworter‘ und ‚Kriegshasser‘ erfolgreich gegen den Kandidaten der Demokratischen Partei auftreten könnte.

Von McCain selbst stammt die Begründung, dass er seine außenpolitische Agenda als die „Vision eines auf Freiheit beruhenden neuen Zeitalters dauerhaften Friedens“ betrachtet. Zugleich ist er sich aber auch darüber klar, dass die Umsetzung seiner innen-, außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen mehr Konflikte und weniger Frieden bringen kann. Militärische Hilfe und entsprechende Eingriffe werden von einer von ihm geführten Administration garantiert. Sein außenpolitisches Programm läuft auf die Idee hinaus, der Irak-Krieg könne gewonnen werden, sofern sein Land endlich genügend Soldaten

und Bomben investieren würde. Die unter Bush betriebene fundamentalistisch-missionarische Politik müsse weitergeführt werden und die Idee müsse weiterleben, dass Diplomatie und Dialog nur etwas für Weicheier seien und Vernunft eine Erfindung von Kommunisten ...

Seit Jahren demonstriert der US-Senator aus dem Bundesstaat Arizona, dass seine außenpolitischen Vorstellungen darüber, was militärisches Handeln alles erfordert, ungewöhnlich weit gehen. Um eines totalen Sieges willen müsse man bis zum Ende durchhalten, koste es, was es wolle. Er befürwortet eine starke Erhöhung der Militärausgaben, vermehrte Einmischung der USA und ihres Militärs rund um die Welt und sich weniger auf multilaterale Institutionen wie beispielsweise die UNO zu verlassen.

Hier ordnet sich das im Juni 2008 von McCain verbreitete irrsinnige Versprechen ein, dass mehr Öl aus heimischer Produktion dazu führen könne, Energie- und Spritpreise zu senken. Er begibt sich dabei auf die Position von Präsident George W. Bush, dass ein seit 26 Jahren bestehendes Verbot von Ölbohrungen in Küstengewässern und in Alaska aufzuheben sei, um zwischen 16 und 18 Milliarden Barrel Öl fördern zu können. Die heimische Ölproduktion, so das Weiße Haus, könne sich über die nächsten 10 Jahre hinweg glatt verdoppeln. Floridas Gouverneur Charlie Christ und weitere einflussreiche Republikaner haben sich auf die Seite der Bohrfreunde geschlagen. McCain hat seinen Vorschlag schon mehrfach wiederholt und dabei das Argument hinzugefügt, dass eine erhöhte Ausbeutung der US-Ölreserven im Meer mit hilfreichen ‚psychologischen Auswirkungen‘ auf die geplagten Verbraucher verbunden sei. In Wirklichkeit jedoch schlägt sich John McCain auf die Seite der Ölkonzerne, von denen er bis jetzt 1,5 Millionen Dollar für seine Wahlkasse erhalten hat.

Guantanamo:

Beide wollen das Gefangenenlager Guantanamo schließen.

Russland und Raketenschild:

Russland sei weder lt. Obama Freund noch Feind, sondern ein Staat, mit dem praktische Kooperation erforderlich ist. Anfangs vage, kritisierte Obama schließlich Russlands Georgien-Politik und forderte UN-Sanktionen. Er will mehr diplomatische Mittel ausschöpfen. Er begrüßt den NATO-Georgien-Rat, aber hält Bushs Raketenabwehr für zu voreilig.

Die Kaukasuspolitik Russlands wird von McCain scharf kritisiert. Er fordert den Ausschluss Russlands aus G8 und dessen Ersetzung durch Indien und Brasilien. Er unterstützt die Bush-Raketenabwehr. Allerdings ist er bereit, mit Russland neue Abrüstungsverträge zu verhandeln.

Iran:

Obama will mit dem Iran über Atomwaffen, die Sicherheit Israels, die Einmischung im Irak sowie die Unterstützung von Terror-Gruppen wie Hisbollah direkt sprechen. Wenn er Präsident der USA würde, will er sich noch im ersten Jahr mit den Präsidenten Irans, Syriens, Venezuelas, Nordkoreas und Kubas treffen: "Ich habe keinerlei Befürchtungen, dass die USA einen Propagandakrieg mit irgendeinem Diktator verlieren könnten." Nicht mit den Staaten zu sprechen, erwecke nicht den Eindruck von Stärke, sondern von Arroganz.

McCain lehnt direkte Verhandlungen mit Iran ab und kritisiert Obama für dessen Bereitschaft zu Gesprächen ohne Vorbedingungen. Er schlägt ein Bombardement Irans nicht aus.

UNO und EU:

Obama ist für eine Stärkung der UNO. In Berlin nannte er sich einen ‚Weltbürger‘. Er kündigte an, enger mit den internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten.

McCain will die Beziehungen zu den Europäern verbessern und sich auch von ihnen überzeugen lassen, internationale Institutionen zu achten. McCain sagt: "Um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, unterstütze ich die Gründung einer Liga der Demokratien." Diese würde die UNO oder andere internationale Organisationen nicht verdrängen, sondern ergänzen.

Atomwaffen und Abrüstung:

Obama strebt die Vernichtung aller Atomwaffen an und lehnt die Entwicklung neuer Waffen dieses Typs ab. Seit seiner Wahl in den Senat 2004 hat sich Obama für strengere internationale Kontrollen von Atomwaffen und ihrer Nichtvertreibung stark gemacht.

Auch McCain lehnt Atomwaffen ab. Er will ein Abkommen, mit dem die Produktion von Uran und Plutonium eingeschränkt wird. Die For-

schung an den "bunker-buster"-Atomwaffen will er einstellen und vielleicht dem Atomwaffen-Test-Stopp-Vertrag zustimmen.

Steuer- und Wirtschaftspolitik:

Um die Wirtschaft anzukurbeln, ruft Obama nach dem Staat. Er fordert ein neues Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Milliarden Dollar. Zum Ausbau der Infrastruktur plant er die Gründung einer Infrastrukturbank, die mit Finanzmitteln in Höhe von 60 Milliarden Dollar ausgestattet werden soll. Die Steuererleichterungen sollen für 94 % der Steuerzahler – alle, die weniger als 200 000 Dollar im Jahr verdienen - beibehalten werden. Wer mehr verdient, soll mehr Steuern zahlen. US-Amerikaner, die 65 Jahre und älter sind und weniger als 50.000 Dollar im Jahr verdienen, sollen von der Einkommensteuer ausgenommen werden.

McCain ist ein Verfechter von Steuersenkungen und will vor allem kleine und mittelständische Unternehmen entlasten. Er will die Norm der für die Jahre 2001 und 2003 beschlossenen Steuersenkungen darüber hinaus fortschreiben. Er will die Einkommensteuer für Unternehmen von 35 auf 25 % reduzieren und primär kleine Unternehmen fördern. Er wendet sich gegen "big business" vor allem mit Blick auf die Öl-, Pharma- und Tabakindustrie. Er ist ein Befürworter von mehr Deregulierung.

Energie und Umweltpolitik:

Klimaschädliche Umweltverschmutzung soll nach Obama per Gesetz bis zum Jahre 2050 um 80 % unter den Stand von 1990 gedrückt werden. Unternehmen, die weiter die Umwelt verschmutzen, müssen Emissionsguthaben kaufen. Mit den Einkünften sollen alternative Energiequellen entwickelt und Energieeffizienz gesteigert werden. Obama will an der Atomenergie festhalten, aber erst dann neue Reaktoren bauen, wenn sie sicherer sind. Seit die Ölpreise so gestiegen sind, ist auch Obama für Ölbohrungen vor der US-Küste.

McCain will ein nationales Emissionshandelssystem einführen. Umweltsünder hätten bis zum Jahr 2050 Zeit, ihre Emissionen um 60 % bis unter den Ausstoß von 1990 zu reduzieren. Bis zum Jahr 2030 will McCain 45 zusätzliche Atomreaktoren in den USA bauen und eine internationale Lagerstätte für Nuklearmüll errichten. Alternative Energiequellen, wie Äthanol – weniger aus Mais, sondern eher aus

Prärie gras – will McCain ebenso fördern, wie Öl- und Gasgewinn durch Bohrungen vor der USA-Küste.

Haushalt:

Obama will das Haushaltbudget ausgleichen und seine Steuersenkungen und Mehrausgaben durch Steuersteigerungen und Sparmaßnahmen ausbalancieren. Doch Experten meinen, Obamas Pläne ließen Finanzlöcher offen.

McCain will den defizitären Etat ausgleichen. Die vielen Steuererleichterungen will er finanzieren durch den Stopp von Verschwendung und Betrug.

Abtreibung:

Obama will an dem nationalen Recht der Frau auf Abtreibung festhalten und jeden Versuch einer Verfassungsänderung zur Beschneidung dieses Gesetzes verhindern.

Unter McCain soll jeder US-Bundesstaat selbst entscheiden, wie Abtreibungen gehandhabt werden. In jedem Fall sollte aber das Recht auf Abtreibungen im Falle von Inzest, Vergewaltigung und Lebensgefahr für die Frau erhalten bleiben.

Todesstrafe:

Obama befürwortet sie zwar, setzt sich aber auch dafür ein, alles genau zu dokumentieren, um die Gefahr von Fehlurteilen zu minimieren.

McCain befürwortet die Todesstrafe ohne Abstriche.

Schlussbetrachtung

Die Parteitage der Demokratischen Partei und der Republikanischen Partei haben mitten in der heißen Phase des Wahljahres 2008 stattgefunden und gezeigt: Den nominierten Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten Barack Obama/Joe Biden und John McCain/Sarah Palin sowie ihren Wahlkampfteams stehen stürmische Zeiten der Auseinandersetzung mit Problemen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sowie den Schwerpunkten Wirtschaftspolitik und USA-Krieg im Irak bevor.

Mit diesem Beitrag wurde versucht ein möglichst differenziertes Bild über diese wichtigen Wahlen in den USA vorzustellen. Sie finden in

einer komplizierten weltpolitischen Lage statt und ihr Ergebnis wird in hohem Maße Lösungen internationaler und nationaler Probleme beeinflussen.

Auf drei Problemkreise soll abschließend hingewiesen werden, die es gilt im Blick zu behalten

Erstens

Die Demokratische und die Republikanische Partei stimmen sowohl in ihrem Charakter als auch in ihren Zielsetzungen grundsätzlich überein. Gewisse Unterschiede ergeben sich aus ihrem Klientel: Bei der DP ist der Anteil liberaldemokratisch eingestellter Mitglieder größer als bei der RP. Außerdem unterstützen traditionell die Gewerkschaften die DP durch Geldspenden und andere Wahlhilfen. Bei der RP ist der Anteil von Rechtsaußen-Kräften, besonders von religiösen Rechten, entschieden höher als bei der DP. Auch ist gegenwärtig das Wahlprogramm der Republikaner von einem durchgehenden Rechtsruck gekennzeichnet.

Zweitens

Inhalt, Erscheinungsformen, Methoden und Stil der Strategie amerikanischer Vorherrschaft in der Welt werden zunehmend von der Weltfinanzkrise, die im Grunde eine Systemkrise ist, beeinflusst. Ursachen und Wirkungen sind eng mit den Turbulenzen auf den Finanzmärkten in den USA und den sogenannten Rettungsaktionen durch die Bush-Administration verbunden.

Die unter Präsident Bush und seinem Vize Cheney herrschenden Neokonservativen glaubten, das Ziel US-amerikanischer Hegemonie durch die direkte militärische Kontrolle der Ölvorräte des Nahen und Mittleren Ostens zu erreichen. Dies ist gegenwärtig fundamental in die Kritik geraten. Um zu einem System dauerhafter amerikanischer Vorherrschaft zu gelangen, schlägt der ehemalige nationale Sicherheitsberater von Präsident Carter, Prof. Zbigniew Brzezinski, als Mitglied des Beraterteams von Barack Obama vor, die unilaterale Politik einzuschränken und auf neue Qualitäten von Kooperation und Absprachen mit Europa und China zu setzen. Mit Syrien, dem Iran und Venezuela müssten Verhandlungen aufgenommen werden, und zugleich sollte Russland isoliert und möglicherweise auch destabilisiert werden. Von Prof. Brzezinski stammt ebenfalls die Idee, den zu verbessernden

transatlantischen Beziehungen die Umsetzung des Dreiklangs "Partnerschaft, Verantwortung und Lastenausgleich" zugrunde zu legen. Dabei hat die US-amerikanische Seite vor allem eine neue Verteilung der Lasten für die kriegerischen Handlungen in Afghanistan und im Irak sowie zunehmend gemeinsame Aktivitäten mit Blick auf eine verstärkte amerikanische Vorherrschaft im Auge.

Inmitten dieser Auseinandersetzungen darüber, ob man nur durch Korrekturen in Form und Stil die international führende Stellung der USA wieder herstellen kann, erlebte die Weltmacht ein Novum. Den von Präsident Bush und von Finanzminister Paulsen an die G 7-Staaten herangetragenen Forderungen nach einer Kopierung des amerikanischen Vorbilds hinsichtlich des 700 Milliarden Dollar schweren Notfallpakets wurde eine einmütige Absage durch deren Finanzminister und Notenbankchefs erteilt. Die nach eigenen Worten ‚aggressive‘ Werbung Paulsens für die Einrichtung von Fonds in Europa ähnlich denen in den Vereinigten Staaten stieß auf massiven Widerstand. Vor allem haben die europäischen Regierungschefs kritisiert, dass die USA durch ihre Versäumnisse und Blockaden gegenüber Vorschlägen aus der EU für Auflagen an den Finanzsektor andere Industriestaaten in die Kreditkrise hineingezogen haben. Selbst Kanzlerin Merkel musste feststellen: „So kann es im internationalen Bereich nicht gehen.“

In den USA mehren sich die kritischen Stimmen zu den "Rettungs"-plänen der Bush-Administration. So charakterisierte der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Prof. Stiglitz sie als eine nur kurzfristige Lösung bestimmter Probleme. Kein privater Investor wolle die vorgeschlagenen Anlagen haben, aber dem Steuerzahler werden die Kosten einfach aufgedrückt. Stiglitz sieht in der Finanzkrise das "Ende eines desaströsen Geschäftsmodells" sowie das "Ende der Ideologie, dass nur freie, deregulierte Märkte funktionieren könnten".

Jetzt muss der US-Kongress dem 700-Milliarden-Dollar-Paket noch zustimmen. Der Bankenausschuss des Senats lehnte ihn in seiner derzeitigen Form ab. Es gibt bei führenden Kongressmitgliedern zwar eine grundsätzliche Zustimmung, aber gleichzeitig Forderungen nach Schutzmechanismen für einfache US-Bürger.

Beiden Präsidentschaftskandidaten Obama und McCain ist inzwischen klar geworden, dass die Krisenerscheinungen im Wirtschafts- und Finanzsystem zum Hauptwahlkampfthema geworden sind. Ein Fehltritt kann jeden den Wahlsieg kosten.

Drittens

Die Existenz von mehr als 30 anderen politischen Parteien neben den Demokraten und Republikanern (liberale, sozialistische bis rechtsradikale):

Von diesen sogenannten 'dritten' Parteien sind einige sehr darum bemüht, am Wahlgesehen durch eigene Kandidaten auf zentraler, bundesstaatlicher und regionaler Ebene teilzunehmen. Dabei haben sie wegen des Fehlens einer nationalen Wahlgesetzgebung stets auf die Einhaltung der oft sehr rigiden Wahlgesetze in den einzelnen Bundesstaaten zu achten. Hinzu kommt, dass diese Parteien für den Erhalt staatlicher Wahlgelder eine Wählerschaft von 5 % erreichen müssen.

Laut einer Pressemeldung ist lediglich der Verbraucherschutz-Anwalt Ralph Nader bereit, am 4. November 2008 als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Dabei wurde nicht erwähnt, für welche Partei er dieses Amt anstrebt.

An den Vorbereitungen auf die Wahlen der Parlamente in einigen Bundesstaaten und besonders bei den Wahlen von Persönlichkeiten in allen Regionen der USA sind 'dritte' Parteien zum Teil sehr aktiv und erfolgreich beteiligt. Solche demokratischen Parteien wie die "Grüne Partei", die "Sozialistische Partei" oder die "Unabhängige Reformpartei" haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass sich ein neues Wahl- und Aktivistenpotenzial herangebildet hat, über das der Wahlbeobachter Peter Schneider in der Tagespresse schrieb: "Was die Kampagne des Verbraucherschutz-Anwalts Ralph Nader langfristig erfolgreich machen könnte, ist das wachsende Unbehagen vieler Amerikaner, dass ihr ganzes Leben rund um die Uhr durch einige große Weltkonzerne dirigiert wird. Das Leben gehört nicht mehr den Menschen, sondern den großen Multis. Ich glaube, dass sich dagegen in den nächsten Jahrzehnten ein ständig wachsender Protest erheben wird, erstmals glaube ich könnte eine dritte Partei langfristig Aussichten auf Erfolg haben."